



KOLB: Gabriel und Steinbrück werden rentenpolitisch unglaublich

KOLB: Gabriel und Steinbrück werden rentenpolitisch unglaublich
BERLIN. Zu den Äußerungen führender SPD-Politiker zur Rente mit 67 erklärt der stellvertretende Vorsitzende und rentenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Heinrich KOLB: Die SPD versteht ihre eigene Politik nicht mehr. Als Arbeitsminister Müntefering die Rente mit 67 durchsetzte, hat er ins Gesetz geschrieben, dass die Entwicklung der Beschäftigung Älterer beobachtet und ggf. gefördert werden soll. Niemand konnte damals erwarten, dass sich der Arbeitsmarkt für Ältere - und zwar sowohl hinsichtlich der Erwerbstätigkeit allgemein als auch mit Blick auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Besonderen - derart günstig entwickelt wie dies in den vergangenen Jahren dann tatsächlich der Fall gewesen ist. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen ist seit dem Jahr 2000 von 19,9 Prozent auf 40,8 Prozent in 2011 gestiegen. Die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist gleichzeitig von 11,6 Prozent auf 27,5 Prozent angewachsen. Das ist eine wirklich beachtliche Entwicklung. Was hatten sich die SPD-Verantwortlichen denn damals eigentlich vorgestellt? Es ist völlig unglaublich, trotz dieser überraschend positiven Entwicklung die damalige Entscheidung in Zweifel zu ziehen. Die demographische Entwicklung spricht dafür, dass sich auch in den nächsten Jahren dieser positive Trend bei der Beschäftigung Älterer fortsetzen wird. FDP im Deutschen Bundestag Platz der Republik 11011 Berlin Deutschland Telefon: 030-227-52378 Telefax: 030-227-56143 Mail: pressestelle@fdp-bundestag.de URL: http://www.fdp-fraktion.de/ http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=511553" width="1" height="1">

Pressekontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Firmenkontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozess eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.